

Nr. 17/287

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wissenstransfer als Impulsgeber für Strukturwandel und Arbeitsmarkt
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/202)
2. Wege für Langzeitarbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 28. Februar 2008
(Drucksache 17/262)
3. Zwischenbilanz des Bürokratieabbaus im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 5. März 2008
(Drucksache 17/311)
4. Verlängerung der Dienstzeit für Beamtinnen und Beamten auf freiwilliger Basis
Antrag der Fraktion der FDP
vom 13. März 2008
(Drucksache 17/315)
5. Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. April 2008
(Drucksache 17/356)

Nr. 17/288

Wahl eines Mitglieds des Senats

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Herrn Ulrich M ä u r e r

zum Mitglied des Senats.

Nr. 17/289

Vereidigung eines Mitglieds des Senats

Das Mitglied des Senats leistet gemäß Artikel 109 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen vor der Bürgerschaft (Landtag) nachstehenden Eid

„Ich schwöre als Mitglied des Senats,
das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen
halten und schützen zu wollen.“

mit folgenden Worten:

Ulrich Mäurer „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Nr. 17/290

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgenden Thema durch:

„Transparenz im Krankenhausausschuss herstellen: Senat verschleiert wirtschaftliche Situation an den Kliniken“.

Nr. 17/291

Zukunft der integrierten Versorgung im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 4. Dezember 2007
(Drucksache 17/166)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2008

(Drucksache 17/248)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/292

16. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (16. KEF-Bericht)

11. Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag – 11. RfÄndStV)

Mitteilung des Senats vom 1. April 2008
(Drucksache 17/331)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 16. Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten und den 11. Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/293

Gesetz zum Zehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Zehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) und zur Änderung medienrechtlicher Gesetze

Mitteilung des Senats vom 29. April 2008
(Drucksache 17/368)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/294

Entschließung der Bremischen Bürgerschaft zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke
vom 6. Mai 2008
(Drucksache 17/386)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) kommt überein, dass der Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs (KEF) für die nächste Gebührenperiode ab

2009 eine gute Grundlage für die anstehenden Entscheidungen in den Länderparlamenten ist. Der Vorschlag, die Rundfunkgebühr um 95 Cent zu erhöhen, ist nachvollziehbar. Die Bürgerschaft (Landtag) teilt die Auffassung der Ausführungen der KEF, dass der gegenwärtige Finanzausgleich nicht ausreichend ist, die Lebens- und Funktionsfähigkeit der kleinen Anstalten sicherzustellen. Auch die kleinen Anstalten müssen strukturell und finanziell in der Lage sein, identitätswahrende Programme eigenverantwortlich zu gestalten.

Deswegen hält die Bürgerschaft (Landtag) eine Reform des Finanzausgleiches für notwendig und erforderlich. Darüber hinaus begrüßt es die Bürgerschaft (Landtag), wenn die ARD eigene Maßnahmen mit dem Ziel ergreift, eine Kombination aus Finanz- und Leistungsausgleich zu finden, und bittet darum, die Verhandlungen darüber in der ARD fortzusetzen. Dabei wird auch dem Gebührenausschuss durch überproportionale Gebührenbefreiungen bei einigen Anstalten Rechnung getragen werden müssen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die „Bestands- und Entwicklungsgarantie“ des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom Bundesverfassungsgericht immer wieder betont worden ist. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss daher neue Übertragungswege und Formate nutzen können.

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich daher für ein Online-Angebot neben Hörfunk und Fernsehen aus, das dem Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entspricht und der Bildung, Beratung, Unterhaltung und Kultur dient. Es soll allen Bevölkerungsgruppen die Teilhabe an der Informationsgesellschaft ermöglichen, eine unabhängige und zuverlässige Orientierungshilfe bieten und die Medienkompetenz aller Generationen und von Minderheiten fördern. Öffentlich-rechtliche Inhalte müssen der Öffentlichkeit so breit wie möglich zur Verfügung gestellt werden. Dem Internet kommt hierbei eine herausragende Bedeutung zu. Hierüber ist im Rahmen des 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrages eine umfassende Debatte zu führen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der sich mit den gegenüber der EU-Kommission gemachten Zusagen im Rahmen des EU-Beihilfeverfahrens befasst, eine große medienpolitische Herausforderung. Das ehrgeizige Ziel, diesen Staatsvertrag im Mai 2009 zu ratifizieren, kann nur erreicht werden, wenn alle Beteiligten, die öffentlich-rechtlichen Anstalten, die Staats- und Senatskanzleien, die Ministerpräsidenten und die Parlamente, offen über die gestellten Fragen diskutieren, um das Beihilfeverfahren zu einem befriedigenden Abschluss zu bringen.

Nr. 17/295

Waffengebrauch einschränken

Mitteilung des Senats vom 1. April 2008
(Drucksache 17/332)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/296

Gewalt- und waffenfreie Schulen

Gesetz zur Änderung des Bremischen Schulgesetzes und des Bremischen Schulverwaltungsgesetzes

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 6. Mai 2008
(Neufassung der Drs. 17/375 vom 30.04.08)
(Drucksache 17/382)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 17/297

Verbraucherschutz für Kreditnehmer stärken

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. April 2008
(Drucksache 17/365)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft und Häfen.

Nr. 17/298

Bürokratie vermeiden – Die Effektivität des Kapitalmarktes erhalten!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 6. Mai 2008
(Drucksache 17/391)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/299

Nachteile für Familienunternehmen aus der Erbschaftssteuerreform verhindern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 29. April 2008
(Drucksache 17/366)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/300

Lärmentwicklung und Schadstoffemissionen am Flughafen Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. Dezember 2007
(Drucksache 17/193)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 4. März 2008

(Drucksache 17/304)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/301

**30. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz
vom 31. März 2008**

(Drucksache 17/325)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 30. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/302

**2. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 31. März 2008**

(Drucksache 17/326)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 2. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 17/303

Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008

(Drucksache 17/206)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 17/304

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Rechtsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Wilfried L e m k e

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Susanne Kröhl zum stellvertretenden Mitglied des Rechtsausschusses.

Nr. 17/305

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Wilfried L e m k e

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Susanne Kröhl zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

Nr. 17/306

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Performa Nord

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Susanne K r ö h l,

die als Abgeordnete gemäß § 5 Absatz 2 des Deputationsgesetzes aus dem Betriebsausschuss ausgeschieden war, zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Performa Nord.

Nr. 17/307

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Thomas E h m k e

anstelle der aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Susanne Kröhl zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung.

Nr. 17/308

Wahl zweier Mitglieder der staatlichen Deputation für Bildung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Harry N e s t l e r

anstelle des Abgeordneten Michael Bartels und den Abgeordneten

Winfried B r u m m a

anstelle des Abgeordneten Jens Dennhardt zu Mitgliedern der staatlichen Deputation für Bildung.

Nr. 17/309

Wahl eines Mitglieds des Petitionsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Karin B o h l e - L a w r e n z

anstelle der Abgeordneten Petra Krümpfer zum Mitglied des Petitionsausschusses.

Nr. 17/310

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Wilfried L e m k e

anstelle der Abgeordneten Petra Krümpfer zum Mitglied und die Abgeordnete

Petra K r ü m p f e r

anstelle des Abgeordneten Mustafa Güngör zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 17/311

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Wilfried L e m k e

anstelle des Abgeordneten Mustafa Güngör zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen.

Nr. 17/312

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Silvia S c h ö n

anstelle der ausgeschiedenen Deputierten Susan Mittrenga zum Mitglied der staatlichen Deputation für Kultur.

Nr. 17/313

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 10
vom 29. April 2008**

(Drucksache 17/367)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

